

IHK-POSITION



Mehr Marktwirtschaft wagen

Plädoyer der IHK-Vollversammlung



Schwarzwald
Baar
Heuberg

 **Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

Wie es ist

Die Unternehmerschaft der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg bekennt sich zu den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und der darin enthaltenen unternehmerischen Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung. Dieses etablierte Wirtschaftssystem ist grundsätzlich am besten dazu geeignet, die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Die Vollversammlung der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg erkennt jedoch, dass das Gleichgewicht zwischen Staat und Wirtschaft nachjustiert werden muss. Dabei soll das Wirtschaftssystem nicht dem Interesse Einzelner dienen, sondern für Chancengleichheit im Wettbewerb auf offenen Märkten für alle sorgen. Unser Ziel ist deshalb kein bürokratieloser Staat, der unendliche Freiheit garantiert, sondern ein Szenario, in dem Staat und Wirtschaft im Schulterschluss für einen nachhaltigen Wohlstand agieren.

Anlass für eine Positionierung in dieser Diskussion stellen für uns die aktuellen Entwicklungen dar, denn Umfragen und Finanzströme zeigen:

- ▶ In den letzten Jahren ist mehr Kapital aus Deutschland abgeflossen, als am hiesigen Standort investiert wurde. Der vorläufige Höchststand wurde 2022 erreicht, als die Differenz aus zugeflossenen und abgeflossenen Direktinvestitionen 132 Millionen USD betrug¹. Der Standort ist im globalen Wettbewerb nicht attraktiv genug, Investitionen anzuziehen, beziehungsweise zu halten.
- ▶ Auch vergleichende Analysen kommen zu dem Schluss, dass der Standort Deutschland im internationalen Vergleich an Boden verliert, vor allem in den Bereichen Steuerlast, Energie, Arbeitskräfte und -kosten, sowie Regulierung².
- ▶ Das Interesse, ein eigenes Unternehmen zu gründen oder in der Nachfolge zu übernehmen, ist stark rückläufig. Mehr als zwei Drittel der Gründenden geben bürokratische Hürden als größte Herausforderung an, dicht gefolgt von der Komplexität des Steuerrechts. Auch mangelndes Verständnis für das Unternehmertum in der Gesellschaft wird von 28 Prozent als Mangel am Gründungsstandort Deutschland identifiziert³. Junge Unternehmerinnen und Unternehmer glauben auch nicht an eine mittelfristige Trendumkehr: So gehen 76,4 Prozent davon aus, dass sich die bürokratische Belastung in den nächsten 20 Jahren nicht verbessern wird⁴.

Ausufernde Regulatorik als Risiko für die Zukunftsfähigkeit unseres Standortes

Der Wirtschaftsstandort Deutschland muss seine aktuellen Herausforderungen zeitnah bewältigen, um Wertschöpfung und Wohlstand vor Ort zu halten. Die Vollversammlung der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg plädiert vor diesem Hintergrund für eine Rückbesinnung auf die Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft: Die Rolle des Staates besteht darin, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen. Eingriffe in das Wirtschaftsleben sind so gering wie möglich zu halten. Durch sie steigt die Gefahr von Fehlsteuerungen, Kostensteigerungen⁵ und Vertrauensverlusten.

Staatliche Vorgaben erschweren eine offene Lösungssuche und passgenaue, effiziente Ergebnisse

Die vernetzte Welt und schnelle technologische Entwicklungen führen zu komplexen Fortschritten und Abhängigkeiten. Eine staatliche Steuerung dieser Entwicklung setzt voraus, dass der Staat weiß, welche Technologien und Märkte in Zukunft flächendeckend die besten Lösungen bieten. Durch selektive Förderprogramme und Technologie-Champions treibt der Staat die Transformation voran – eventuell jedoch an den Bedürfnissen der Märkte und der Konsumenten vorbei. Auch die Kosteneffizienz bleibt hierbei auf der Strecke, denn die in diesem Sinne beste Lösung liefert das Zusammenspiel aus Angebot und Nachfrage. Die politische Einschränkung von technologischen Entwicklungen und Reduzierung des Angebots heute können in der Zukunft die Resilienz der Wirtschaft in Krisen schwächen. Wenn unsere Wertschöpfung auf mehreren Säulen (z. B. diversifizierte Zulieferer, Energieträger oder Absatzmärkte) ruht, kann im Falle von negativen externen Entwicklungen flexibler reagiert werden. Um diese Strukturen aufzubauen und zu erhalten, benötigt die Wirtschaft Rahmenbedingungen, die diese Vielfalt fördern statt beschränken. Starre, kleinteilige Regulierungen hemmen Innovationen und verhindern kurzfristige Reaktionen auf externe Schocks. Kurz gesagt: Wir müssen agiler und innovativer werden, sowie eine neue Geschwindigkeit bei der Anpassung von Rahmenbedingungen etablieren.

Kostensteigerungen verringern Innovationskraft und Investitionsspielräume

Für staatliche Interventionen fallen drei Rechnungen an: Die Kosten für die Umsetzung in den Unternehmen, die entfallenen Investitionen und Innovationen an anderer Stelle sowie die höheren Steuern oder Schulden.

Umsetzungskosten: Der einmalige Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft zur Umsetzung von neuen Rechtsvorschriften lag im zuletzt ermittelten Jahr 2021 bei 5,8 Mrd. Euro, während der laufende Erfüllungsaufwand im selben Jahr stark auf 8,3 Mrd. Euro pro Jahr stieg. Seit 2012 stieg der Saldo aus Be- und Entlastung an⁶. Dabei gilt es stets die Zielgruppe der Gesetze zu beachten: 99 Prozent aller Unternehmen unserer Region gehören nach der KMU-Definition der EU dem Mittelstand an. Hier wird die Geschäftsführung nur von einem kleinen Stab unterstützt. In kleineren Unternehmen ist die Geschäftsführung oft in Personalunion Personalmanagement, Finanzcontrolling und Verwaltung. Diese Unternehmen sind die größte Kundengruppe des Gesetzgebers – in ihrem Interesse und unter Berücksichtigung ihrer Möglichkeiten sollte er handeln. Von der OECD wurden kleine und mittlere Unternehmen (KMU) durch ihre starke Vernetzung als zentraler Akteur einer resilienten Volkswirtschaft identifiziert⁷ – eine mittelstandsfreundliche Politik fördert daher den gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und seine Krisenfähigkeit.

Opportunitätskosten: Die aufgewendeten bürokratischen Erfüllungskosten stehen den Unternehmen nicht mehr für Investitionen an anderer Stelle, etwa für Kapazitätserweiterung oder für FuE-Aktivitäten zur Verfügung. Anders ausgedrückt: Statt Ingenieuren und Digitalisierungsexperten zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit beschäftigen die Unternehmen mehr Juristen und Wirtschaftsprüfer, um ihr Risiko von Rechtsverstößen zu minimieren.

Staatshaushalt und Steuern: Ein effizienter Staat verbraucht weniger Ressourcen und beansprucht weniger Fachkräfte auf dem Arbeitsmarkt. Dennoch ist auch der Erfüllungsaufwand zur Umsetzung neuer Regularien in der Verwaltung seit 2012 erheblich gestiegen. Darüber hinaus soll die Transformation der Wirtschaft mit milliardenschweren Subventionen unterstützt werden. Diese senken zwar die Kosten für Unternehmen heute, erhöhen aber die Schulden- und Steuerlast von morgen. Durch die Vielfältigkeit der Herausforderungen aus der Transformation hin zur CO₂-Neutralität, dem Fachkräftemangel, den geopolitischen Spannungen und der Tatsache, dass anders als in den 50er-Jahren mehrheitlich bestehender Finanzstock ersetzt wird, gehen Fachleute aktuell nicht davon aus, dass es zeitnah zu einem Wirtschaftswunder durch die Transformation kommen wird, welches die Rechnung von heute bezahlt⁸. Eine nachhaltige Fiskalpolitik sollte daher die Kosten der Transformation nicht verschleiern oder in die Zukunft verschieben. Ein mangelnder finanzieller Spielraum schränkt vor allem in Krisenzeiten den dann notwendigen Handlungsspielraum ein. Staatliche Ausgaben sollten sich deshalb auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen konzentrieren.

Governance-Schwächen führen zu Vertrauensverlusten

Beschlossene Regulatorik muss auch von staatlicher Seite umgesetzt werden. Laut Erhebungen fehlen dem öffentlichen Dienst aktuell 360.000 Vollzeitkräfte und bis 2030 soll diese Zahl auf etwa 840.000 steigen⁹. Dies beschneidet die Fähigkeit des Staates schon heute, die bereits bestehenden Regelungen und Unternehmensberichte effektiv zu verwalten. Der Einsatz von digitalen Prozessen und künstlicher Intelligenz kann an dieser Stelle unterstützen, jedoch nicht alle Verwaltungsprozesse übernehmen. Denn es geht auch um die Transparenz dieser Vorgänge: Diese schafft Verständnis und Vertrauen für politische Entscheidungen und in staatliche Institutionen, wodurch die Widerstandskraft in Krisen und Strukturwandelprozessen nachhaltig gefördert wird¹⁰. Ein erster Schritt wäre, neue Regulierungen besser miteinander zu verzahnen und aufeinander abzustimmen. Dadurch reduziert sich die Vielzahl von unterschiedlichen oder sogar widersprüchlichen Regelungen.

Was zu tun ist

Eine bessere Antwort auf die wirtschaftlichen Herausforderungen ist die Verbesserung von Rahmenbedingungen für Innovationen und Investitionen: Denn Resilienz braucht Freiräume, keine starren Strukturen durch kleinteilige Regelungen – letztere sind nicht zur Bewältigung von grundlegendem Wandel geeignet¹¹. Das hat die Corona-Pandemie gezeigt.

Sieben Maßnahmen sehen wir als zentral an, um die regionale Wirtschaft wieder zukunftssicher aufzustellen:

1. die konsequente Anwendung der „One-in-One-out“- und „Think-Small-First“-Regelung für neue bürokratische Belastungen. Dazu zählt auch, Belastungen aus EU-Recht mit einzukalkulieren, denn auf Unternehmensebene ist es unerheblich, woher die Belastung stammt. Auf Bundesebene wurde im September 2022 die Notwendigkeit eines Belastungsmoratoriums erkannt, dessen Umsetzung weiterhin aussteht. Auf europäischer Ebene soll der Abbau von Berichtspflichten um 25 Prozent erfolgen, aktuelle Richtlinienentwürfe werden stehen diesem Ziel jedoch entgegen;
2. absolut notwendige Verwaltungsprozesse sollten mit einer konkreten Frist durchgängig digital abgebildet werden (End-to-End-Digitalisierung);
3. den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente als Standard in der Wirtschaftspolitik, wie etwa den europäischen CO₂-Handel als zentrales Steuerungsinstrument der Transformation;
4. die Ausweitung von strategischen Handelsabkommen, die rechtssichere Auslandsaktivitäten und Diversifizierungen ermöglichen. Dabei bleibt unter anderem die Kontrolle und Durchsetzung der Menschenrechte in staatlicher Hand, die durch ihr Gewaltmonopol als einzige Instanz deren Einhaltung demokratisch legitimiert sicherstellen können;
5. die Ausweitung und Beschleunigung von Investitionen in die Netze Verkehr, Energie und Daten, sowie in die Bildungsinfrastruktur;
6. die Angleichung der Steuerbelastung deutscher Unternehmen an den internationalen Durchschnitt sowie Unterstützung von Innovation und Investitionen durch eine Vereinfachung der Forschungszulage, den im Koalitionsvertrag beschlossenen Superabschreibungen und einer Ausweitung der steuerlichen Verrechnungsmöglichkeiten von Verlusten;
7. die angemessene Konsultation und Berücksichtigung von Unternehmensexpertise und ihrer Vertretungen im Gesetzgebungsprozess zur Sicherstellung von Praxishöhe und Umsetzbarkeit geplanter Initiativen.

¹ Institut der deutschen Wirtschaft (2023), [Deindustrialisierung – Eine Analyse auf Basis von Direktinvestitionen](#). IW-Kurzbericht 43/2023.

² Stiftung Familienunternehmen (2023), [Länderindex Familienunternehmen](#). 9. Auflage erstellt vom ZWE – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung.

³ Deutsche Industrie- und Handelskammer (2023), [DIHK-Report Unternehmensgründung 2023](#)

⁴ Wirtschaftsuniere Deutschland (2023), [Ein roter Faden für den Wirtschaftsstandort Deutschland](#).

⁵ Schön, Wolfgang (2023), Vor dem Regulierungsbankrott. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung 143/23. Juni 2023.

⁶ Statistisches Bundesamt (2023), [Vorstellung des Erfüllungsaufwandes](#). Bürokratie umfassend messen und darstellen.

⁷ OECD (2023), [OECD SME and Entrepreneurship Outlook 2023](#), OECD Publishing. S. 62 ff.

⁸ Fuest, Clemens (2023), [Wirtschaftsmodell Deutschland – Niedergang oder zweites Wirtschaftswunder?](#) Ifo Standpunkte Nr. 247

⁹ McKinsey & Company (2023), [Action, bitte! Wie der öffentliche Sektor den Mangel an digitalen Fachkräften meistern kann](#).

¹⁰ OECD (2014), „Vertrauen in den Staat, Wirksamkeit des staatlichen Handels und die Governance Agenda“. In: Government at a Glance 2013. OECD Publishing. S. 28 ff.

¹¹ Hübner et al. (2023), [Wie resilient ist die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich?](#) Zur Widerstandsfähigkeit von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft in der Transformation. RHI-Studie, Nr. 37.

Über die IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg



**Schwarzwald
Baar
Heuberg**

Wir sind Ihr Dienstleister und Anwalt in der Region. Diese Interessensvertretung ist eine wesentliche Säule unserer Selbstverwaltung. Wir vertreten das Gesamtinteresse der Wirtschaft – branchenübergreifend für die gesamte Region Schwarzwald-Baar-Heuberg. Dafür berücksichtigen wir die Erfahrungen und Interessen von 35.500 Unternehmen aus den Landkreisen Rottweil, Tuttlingen und dem Schwarzwald-Baar-Kreis, sowie aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse.

Alle politischen Positionen und Publikationen: www.ihk.de/sbh/politikberatung
Beteiligungsportal der IHK: www.ihk.de/sbh/beteiligen

Über diese Position

Diese Position wurde beschlossen durch die Vollversammlung der IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg am 6. Dezember 2023 in Villingen-Schwenningen unter Berücksichtigung der öffentlichen Beteiligung durch die Mitgliedsunternehmen.

Ihr IHK-Kontakt zum Thema

Matthias Schanz
Politischer Referent
Telefon: 07721 922 485
E-Mail: schanz@vs.ihk.de

Impressum

Herausgeber: IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg
Bildnachweis: Adobe Stock
Redaktion: Matthias Schanz
Gestaltung: IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg

Hinweis: © 2023 IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung des Herausgebers. Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernimmt die IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg keine Gewähr.

 **IHK Schwarzwald-Baar-Heuberg** | Albert-Schweitzer-Straße 7 | 78052 Villingen-Schwenningen

 info@vs.ihk.de

 www.ihk.de/sbh

 07721 922-0